

NEULIBERALISMUS IN DER INTERPRETATION SEINER KLASSIKER

I. Die wirtschaftswissenschaftlichen Grundzüge des Programms des Neoliberalismus.

Deutschland befand sich nach der Niederlage des 12 Jahre lang dauernden Hitler-Regimes und dem verlorenen Weltkrieg in einer sehr speziellen Lage. Eigenartig war die Situation dadurch, daß vier Staaten Kontrollfunktionen innerhalb sich nachher stabilisierender Grenzen ausübten, und unter ihnen auch die Sowjetunion war, deren gesellschaftliche und wirtschaftliche Ordnung die Struktur der "Klassengesellschaften" ignorierte.

Die Lage war auch deshalb eigenartig, weil der Verlust an Menschen durch die von der Stalinschen Politik initiierte Aussiedlungspolitik gelindert wurde, es gab sogar zwischen 1948 und 1951 in der sogenannten Stabilisationsperiode - ein bedeutendes Angebot an Arbeitskräften -, das zur wichtigsten Vorbedingung des fast als Staatsideologie geltenden "Wirtschaftswunders" gedieh.

Zu den Besonderheiten gehörte auch die Investition des Konstantkapitals bez. dessen Austausch, die durch das Marshall-Hilfsprogramm ermöglicht wurde, das z. B. den Engländern gegenüber - die Übernahme und Anwendung eines moderneren Know-hows im Laufe der 50-er Jahre erleichterte.

Hierher könnten auch der Ausbau und die Erstarkung des ehemaligen sozialistischen Staatensystems und speziell der Aufschwung des wirtschaftlichen Potentials der DDR, und deren Aufmerksamkeit erregende Wirtschafts- und Sozialpolitik gehören.

Auch die mehrwertproduzierende Rolle der Gastarbeiter sollte hier erwähnt werden. Seit 1918 hatte Deutschland keine Möglichkeit, das wirtschaftliche Potential der Kolonialbevölkerung unmittelbar durch den Warenaustausch oder durch ausländische Investitionen kapitalintensiver Industriezweige einzubeziehen. Die Bundesrepublik hat auf folgende Weise Kontakte zu billigen Arbeitskräften finden können:

a) durch die wirtschaftlichen Expansion der französisch - deutschen und britisch - deutschen "gemischten"Unternehmungen, die sich indirekt auf die Länder

der Frank - und Sterlingregion - innerhalb der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft- erstreckten.

b) durch massenhafte Beschäftigung von türkischen, jugoslawischen, griechischen, italienischen, spanischen, portugiesischen und nord-afrikanischen usw. Arbeitskräften, deren Vor- und Nachteile in Hunderten von Studien, Aufsätzen, Büchern und Rezensionen reichlich erörtert worden sind.

Zuletzt gilt es, die dem Weltkrieg folgende psychische und wirtschaftliche Krise in Gestalt einer mehrjährigen Inflation zu erwähnen, von der die zugelassenen neuen Parteien, die politischen, ökonomischen Theorien und Bewegungen auszugehen hatten.

Die Erschwernisse der umrissenen Situation, die Währungsreform und endlich die Konstituierung eines Bundesstaates der ehemaligen Westzonen, schuf den notwendigen Bewegungsraum zur Formulierung der Gedanken und Prinzipien, Richtungen und Theorien, die sich unmittelbar mit der Förderung und Hebung des Lebensniveaus und der Kultur des Landes beschäftigten

1945, unmittelbar nach dem Zusammenbruch, aktivierten sich die liberal angehauchten Klein- und Mittelschichtbürger, ein bedeutender Teil der Intellektuellen, von denen die liberalen Ideale geschichtlich gerechtfertigt und als wieder zeitgemäß gerechtfertigt wurden. Es schien dabei natürlich zu sein, daß es sich nicht lohnte, zu den originären Werten des klassischen Liberalismus und den blutarmen liberalen Werten der 20-er Jahre zurückzukehren. Der Neoliberalismus dürfte die historischen Erfahrungen genutzt haben, als seine Repräsentanten an dem sozialen Gedanken, aber auch sowohl am Keynesianismus (New-Deal von den USA) als auch an der Ablehnung jedweder Zwangsplanungen national-sozialistisch oder sozialistischer Prägung festhielten und in ihnen sowohl adaptierbare als auch negative Elemente vorfanden, die zu eigener Konzeption, zur Herausbildung eines eigenen Gesichtes beitrugen. Diese Gesinnung bestimmte die Aufbauprogramme der maßgebenden Parteien und gesellschaftspolitischen Kräfte, z. B. die aus zehn Punkten bestehende programmatische Äußerung der CSU (1945); das Grundsatzprogramm der CDU von Ahlen (1946); das politische und wirtschaftliche Programm der FDP, die sich auf der Tagung in Hoppenheim (1948) auch offiziell als eine liberale Bundespartei konstituierte, die Programmäußerung der SPD von Hannover (1946); sogar auch das Grundgesetz im Jahre 1949, das auf dem Boden der "Dachtheorie" als Verfassung des Landes diente.¹ Wenngleich sich die FDP von der SPD wegen deren Sozialismus-Modell merklich abgrenzte, lehnte sie dabei die eine Dezentralisation ankündigende Kulturpolitik, das für veraltet gehaltene föderative Prinzip und die Ankündigung der christlichen Grundsätze als ethische Prinzipien des CDU/CSU-Parteienbundes ab. Eine Partei der Mitte, das Zünglein an

der Waage,wollte sie werden, die auch perspektivisch durch die Entscheidung der Machtkämpfe zur Teilhabe an der Regierung Recht erlangt. Sie gewann 1949-11.9, 1957-7.7, 1969-5.8, 1976-7.9 Prozent und war Partner sowohl in der christlichen als auch in der sozialdemokratischen Koalition.²

Diese hochgradige "Elastizität" ist die eine Spezialität des Neoliberalismus, die jene heterogenen Gesellschaftsschichten charakterisiert, die bei an den Wahlen mit ihrer Stimme die neoliberalen Abgeordneten und ihre Parteien unterstützten. Fritz Rene Allemann, bekannter schweizerischer Publizist, suchte objektiv das Wesen der FDP zu erschließen. "Durch die Konturen und Gestaltlosigkeit kann nicht bloß die Partei charakterisiert werden. Sie sind typisch für die gesellschaftlichen Schichten, die von ihr repräsentiert werden - also sie kennzeichnen das konfessionell ungebundene deutsche Klein- und Mittelschichtbürgertum, das geistig den Wanderern unter den mannigfaltigen Interessen angehörte und bei den radikalen Eigentumsumschichtungen zweier Inflationen sozial entwurzelt wurde.Diese Schicht verlangte die bürgerliche Revolution des 19. Jahrhunderts bloß halbwegs und ersparte sie sich. Und deren Kraftlosigkeit und Mattigkeit wurde- im 20. Jahrhundert - zur Zeit der 'antibürgerlichen Revolution' des Nazismus so verhängnisvoll fürs Schicksal Deutschlands."³

Die FDP hatte in der CDU/CSU eine ernste Konkurrentin gefunden, die unter Führung Konrad Adenauers und des neoliberalen Professors der Wirtschaftswissenschaften, L. Erhard auf diese Schichten auch Anspruch erhob. Deshalb beschränkte sich die FDP auf den antiklerikalen Teil derselben Schichten, dreister formuliert, auf jene Wähler, die "eine Zivilgesinnung unabhängig davon vorziehen, ob sie in der Privatsphäre Christen oder nicht sind, für die nicht relevant ist, ob eine Politik katholischer oder christlicher Prägung und Färbung im Lande praktiziert wird."⁴

Der Neoliberalismus hat der Welt nach 1945 nahegelegt, daß die von der Geschichte geförderten, bewährten Grundsätze ihre humane Anziehungskraft nicht nur behielten, sondern die neoliberalen Prinzipien von den wirtschaftspolitischen "Schulen" nachgewiesen worden waren, und dadurch ihre gesellschaftliche Geltung zu einem unverbrieften Gesetz der Ökonomen gemacht wurde. Diese ursprünglich Wirtschaftspolitik, die die Benennung - "moderner Liberalismus" oder "Neoliberalismus" verdient, umfaßte später außer der Wirtschaft, auch die Gesellschaft, das Staats- und Verwaltungswesen, und alle menschlichen Sphären und institutionalisierten Gebilde, die in der modernen Welt der Technik jedwede Rolle im humanen Sein darstellten. Die Anwendung der neoliberalen ökonomischen Prinzipien befriedigte augenblicklich alle Ansprüche, sie verteidigten und

unterstützten das Klein- und Mittelkapital und räumten ihm Marktchancen ein, und boten für das Großkapital einen guten Kompromiß, der sein Eigentum gegenüber gesellschaftlichen Erschütterungen, absicherte. Langfristig konnte aber der stärkere Partner zugleich in der freien Marktwirtschaft seinen Willen - proportional zu der in mehreren Jahrzehnten geschaffenen Konzentration - durchsetzen, und durch die politischen Institutionen, vor allem den Bundestag und Bundesrat auch die politisch-historischen Prozesse bestimmen.⁵

Dieser dem Typ nach "soziale Konservatismus" war geeignet, alle historischen Ansätze und Elemente zu kanalisieren, die das Eigentum nicht bemängelten, eine Stückwerktechnologie allem Revolutionären gegenüber verfolgten und von der die gesellschaftlichen Schichten gegenseitig bedingenden Beziehung ausgingen.

Der erkenntnistheoretische Skeptizismus, die Rolle der Intuitionen bei an der Erkenntnis, die Auffassung aller kausalen Abfolgen als utopistisch, der Nachweis der Spekulativität der gesellschaftlichen Gesetzmäßigkeiten, eine Art Spontaneität - werden in der Geschichte des Neokonservatismus-Neoliberalismus nach 1945 neu belebt und verstärkt. Er hebt die Achtung vor der positiven moralischen Überlieferungen der Menschheit und schafft den Charakter derer, die wie H. J. von Merkatz, zu diesen Traditionen zurückgriffen, und von der Annahme eines ideologiefreien Konservatismus gegenüber einem veralteten, die Interessenpolitik des 19. Jahrhunderts ausdrückenden Konservatismus-Liberalismus ausgingen.⁶

Dieser "soziale Konservatismus" wurde zugleich nicht durch neuliberale Thesen dementiert, sogar im Gegenteil, er wurde durch die handgreiflichen wirtschaftlichen Ergebnisse, die bedeutsame Erhöhung der gesellschaftlichen Integrativität sinnvoll motiviert und begründet. Der Neoliberalismus, der die Spontaneität des freiheitlichen und konstruktiven Einzelnen von neuem zum Grundprinzip der freien Staats- und Gesellschaftsordnung erhob, war mithin die Ideologie und Praxis werbenden Charakters, die durch die Betonung des "Gemeinen" alle Theorien und Praktiken ansprechen konnten, wie es bis zur Gründung der BRD durch die "Schulen" (Nürnberger, Marburger, Freiburger usw.) geschehen sein dürfte. Der Neoliberalismus lehnte die Mediatisierung durch den im Dienste der Massenbewegungen stehenden Staat als den Ausgangspunkt alles Bösen ab, weil die Abhängigkeit des Einzelnen den Weg zu Schrecken Herrschaft und Greuel der totalen Gewalt anbahne, möge sie Faschismus, Stalinismus oder aber Herrschaft einer militärischen Junta heißen. Als Alternative zu den obigen Sackgassen und Entartungen der Staatsformen war das Ideal der neuen dynamischen Gesellschaft des freiheitlichen Individuums propagiert worden, die durch Chancengleichheit und Sätze der sozialen Gerechtigkeit attraktiv gemacht

wurde. Der "Wirtschaftsliberalismus" der Schulen griff nach und nach auf alle Parteien, und alle Sphären des humanen Seins über, hauchte auch ihrem Charakter nach jede konservative Partei an, und bot - auf neoliberaler Basis - solch ein konservatives Establishment, das

a) für die Bevölkerung in absehbarer Zeit Wohlfahrt, materielle Unabhängigkeit, Sicherheit und langfristig die Verfechtung der nationalen Belange verheißen mochte,

b) die Utopien von der Klassen- und Stratifikationsanschauung ins Reich der flatternden Phantasie zu verstoßen in der täglichen Politik imstande war,

c) den leistungsfähigsten politischen Hintergrund und die leistungsfähigste geistige Kraft im Ringen der aufeinanderprallenden Interessen repräsentierte.⁷

Mit dem Programm der Epoche der "sozialen Marktwirtschaft" setzte sich die CDU/CSU am erfolgreichsten auseinander, freilich mit der viel kleineren FDP, deren Programm auch ideologisch wie wirtschaftswissenschaftlich weitergehend auf neoliberale Quellen zurückgeführt werden konnte, doch war es gerade die CDU, nicht die schlecht organisierten neoliberalen Bewegungen, die auch in der Praxis den größten Gewinn daraus zog.

In die neoliberale Schule von L. Erhard ließ sich die ganze CDU/CSU-Koalition "immatrikulieren". Nach seiner Berufung zum Leiter der Vereinten Direktion konnte er auch unmittelbar Einfluß auf die Geschichte der BRD nehmen. Seine Prinzipien wurden durch die FDP auch programmatisch bestätigt. Auf dem 2. Kongreß in Düsseldorf maß H. Blücher, der Vizekanzler und Präsident der FDP, der Wirtschaftsentwicklung strategische Bedeutung bei. "Vizekanzler Blücher betrachtete das Erreichen der größten Produktionsrate in der BRD als die höchste Voraussetzung für die Wiedervereinigung des Landes, damit wirtschaftliche Sicherheit und soziale Stabilität erlangt werden könnten, die dem Osten - so schrieben die 'Stuttgarter Nachrichten' - jede in den Erfolg seiner Ideen gesetzte Hoffnung nehmen würden."⁸ Allein die wirtschaftliche Kraft und innere Einheit der BRD mögen nachweisen, daß man sich bezüglich der Moral und Freiheit, bürgerliche Konzessionen nicht vorstellen konnte. Wenn die Deutschen an der progressiven bürgerlichen Wertordnung festhielten, würden sie Aussicht haben, den Tag der Wiedervereinigung zu begehen.

Sie versuchten dabei "die größte Produktionsrate" durch die Anwendung der wirtschaftlichen Grundsätze des sog. Ordo-Liberalismus anzuvisieren. Die ideale Vorgeschichte der aus der Freiburger Schule von Walter Eucken stammenden Gedanken leitet uns zu Fr. Hayek und W. Röpke.

II. Der "dritte Weg" in der Konzeption von W. Röpke

W. Röpke war bereits 1929-33 bemüht, die weltumspannende Wirtschaftskrise durch Modernisierung früherer, wohl bewährter, liberaler Medikamente zu mildern. Seine Ideale waren nicht Keynes oder Roosevelt, sondern vielmehr die amtliche Projektierung und Regelung der Wirtschaftsprozesse, vor allem der Produktion durch den Mechanismus der freien Preise. Röpke schrieb den durch variables Angebot und wechselnde Nachfrage bestimmten Preisen Doppelfunktionen zu: einerseits seien sie fähig, die mannigfaltigen Probleme der Wirtschaftsordnung spontan zu lösen, z. B. die Auswahl der erzeugten Waren, die Bestimmung der Quantität der herzustellenden Waren, die Art und Weise der Produktion und die Umverteilung der Güter, die am meisten profitable Nutzung der Produktivkräfte, die Prognose der Gestaltung der wirtschaftlichen Prozesse usw., andererseits seien die wirtschaftlichen Bedingungen durch den notwendigen Anreiz zur maximalen Ausnutzung sogar Steigerung der Produktion geeignet.⁹

W. Röpke ging von der strengen Kritik des Liberalismus des 19. Jahrhunderts sowie von der Krise der westlichen Gesellschaft aus und versuchte allmähliche Reformen unter Berücksichtigung des ursprünglichen Begriffsinhalts durchzuführen. Dabei entstand der Begriff des "Neoliberalismus".

Die westliche Welt und ihre Werte gerieten an den Rand einer Kluft, worauf viele Menschen die allgemeine Aufmerksamkeit durch Meldungen, Schriften und Aktivitäten lenkten. Auch nach 1914 war eine Art Demoralisierung zu erfahren, "aus der leeren Vase Duft sollen wir leben" - schrieb Röpke.¹⁰ Die christliche Kultur wurde zur leeren Form, die Krise der westlichen Gesellschaft war und ist ebenso total, wie tief und weitverzweigt, ebenso auch ihre Gründe. Die grundlegende Ursache der gesellschaftlichen Krise ist die Isolierung, die gesellschaftliche Atomisierung des Einzelnen. So entwickelte sich die Gesellschaft zur anorganischen, gestaltlosen Masse, die ein fruchtbarer Boden für die Massenbewegungen wurde. Diese betäubend-hysteroide Instinktstruktur beraubte die Gesellschaft jeder Stabilität. Als Röpke den gesellschaftlichen Wert der Masse zu erwägen genötigt war, konnte er sich von der Wirkung von Ortega y Gasset nicht unabhängig machen. Er wollte dagegen nicht zur Wurzel der Ver- und Entfremdung greifen, er hielt bei der Summierung der empirischen Erfahrungen und seiner Aussagen inne. Die Quasi-Lenkung wird auch zu den Ursachen der allgemeinen Ausweglosigkeit zugezählt, da der Dutzendmensch, der "homo insipiens gregorius" in den "Samtsessel" geriet und nicht mehr fähig war, der modernen Welt nahezutreten.

Röpke läßt die menschlichen Beziehungen Gestalt annehmen, den Mangel an Achtung des Menschen den Menschen gegenüber, der sich bei ihm als Fazit der Mechanisierung postuliert. Das zweite Resultat desselben Prozesses ist die Militarisierung der Arbeit, die zur Abschaffung individueller Ansätze führen sollte. Hinter diesem negativen Prozeß mag der Staat stehen, obgleich seine Unparteilichkeit beim Wettbewerb den Ausgleich zwischen den Wirtschaftspartnern ermöglicht hätte. Die so entstehende Krise bringt die geistig-moralische und universale Gesellschaftskrise zum Ausdruck, aus der sie ihrem Wesen nach folgt.

Röpke war sich darüber im klaren, daß die Auflehnung gegen das westliche System einen antikapitalistischen sogar sozialistisch-kollektivistischen Charakter bekam, deshalb entwickelte er "*den dritten Weg*", der ein weder kapitalistisches noch sozialistisches, sondern die Grundwerte beider Ansätze auf diffuse Weise enthaltendes System entwarf. Dieses Gefüge beinhaltet eine gewissermaßen konservative und teils radikale Wirtschaftspolitik, insofern sie auf die *Kontinuität der Entwicklung der traditionellen Wirtschaftsweise und Kultur* achtgibt und ihre Ziele den Grundsätzen und Interessen des freiheitlichen Einzelnen unterordnet sind. Sie übersteigt zugleich radikal die verjährten paleoliberalen Überlieferungen, ignoriert Dogmen, Doktrine und Institutionen und erforscht die Mittel der Bewahrung des freien Individuums. Als Ziel wird die individuelle Freiheit, das Ausbalancieren eines humanen Maßstabs von Pflicht und Freiheit formuliert, all das in einer weder kollektivistischen noch feudalen Gesellschaft, die durch Kinderkrankheiten derer nicht belastet sind. Was Röpke repräsentiert: "Eine erbauende oder rationelle Freisinnigkeit und wirtschaftlicher Humanismus oder aber, wie ich vorschläge: den dritten Weg".¹¹ In der Praxis argumentiert er mit der Ablehnung des "laissez faire" Prinzips und des Kollektivismus für eine Wirtschaftsform schweizerischen Typs, die er den Überlieferungen der individuellen Produktionsfreiheit und der bürgerlich-parlamentarischen Vergangenheit entnimmt. Damit erinnert uns Röpke etwa an Goethes Bemerkung, aus seinen "Maximen und Reflexionen". "Es gibt keinen traurigeren Anblick, als das gierige Streben nach dem Bedingten, in dieser durchaus unbedingten Welt."

Der Sozialist zieht den angestammten humanen Charakter des Eigentums nicht in Betracht, er verfolgt eine uralte Utopie, nach der die Klassifizierung und Stratifikation unter den Menschen aufgrund des Eigentums vor sich geht. Wenn wir aus der kausalen Reihe die Ursache liquidieren, dann kommt *theoretisch* eine gerechtere Gesellschaft zustande, in der bloß die gemeinsame Produktion und die Umverteilung organisiert werden sollten. Der springende Punkt bei allen Projekten ist die große Errungenschaft der Menschheit, und zwar das Erscheinen des reinen

Privateigentums bei den Hellenen, das ermöglichte, durch die ständige Wartung und Handhabung des Eigentums, durch die Gewährung und Erweiterung der Produktion die Bevölkerungszahl erhöhen zu können, die fließende Reproduktion und die Differenzierung und Erstarkung der Gesellschaft Jahrhunderte hindurch zu sichern. Andererseits aber hat man in der bürgerlichen Gesellschaft der von A. Smith umrissenen "invisible hand" der Marktwirtschaft einen fast unbeschränkten Raum eingeräumt, ohne den für die freie Marktwirtschaft notwendigen sozialen Hintergrund künstlich zu sichern. "Die Marktwirtschaft benötigt einen moralisch-politischen Institutionsrahmen, - schreibt Röpke, das Minimum der Geschäftssicherung sei ein *starker Staat*, eine vernünftige Marktpolizei, ein den Wirtschaftszustand korrigierendes und durchdachtes Recht."¹²

Der Wettbewerb wird von "dem starken Staat" entgegen der Auffassung des klassischen Liberalismus eingeschränkt, indem er den Bewegungsraum der Persönlichkeit in dem notwendigen Maßstab und Ausmaß einengt. Es soll jedermann nahegelegt werden, daß die Integration des Einzelnen in eine Gemeinschaft bloß im Falle der Anerkennung der individuellen Schranken möglich ist. All dies bedingt die historische Wechselwirkung zwischen der Wirtschaftsstruktur und dem Staatsgefüge. Die Marktwirtschaft nämlich repräsentiert eine auf Vertrauen, Unternehmertum, Sparsamkeitstrieb und Risikoneigung beruhende Wirtschaftsordnung, die ohne Rechtsprinzipien und Schutzregeln also ohne die Garantien nicht bestehen kann, die dem Einzelnen Schutz und Halt nicht nur gegenüber den Übergriffen und Machenschaften der anderen Individuen, sondern auch der staatlichen Willkür gegenüber darbieten. All diese Elemente bilden gemeinsam das Phänomen, das Röpke als Rechtsstaat definiert, dessen Quintessenz der A. Lincoln zugeschriebene Satz unterstreicht: es gibt keinen einzigen Menschen, der einen anderen ohne dessen Beitrag regieren könnte.

Was ist die Grundfrage der skizzierten wirtschaftlich-staatlichen Ordnung? Röpke zufolge ist die wichtigste Frage, wer über die Benutzung und Anwendung der Produktivkräfte entscheiden soll, und wie sie eingesetzt werden. Röpke vertraut die Entscheidung der Konsumgesellschaft an, wegen der Unproduktivität und der wirtschaftlichen Willkür des Planifikators. Die jeweilige wirtschaftliche Entscheidung wird durch den Markt, die Preisgestaltung, das Privateigentum an Produktionsmitteln, die auf freier Konkurrenz basierende Wirtschaftsordnung getroffen. "Das Übergewicht der staatlichen Einmischung von heute - schrieb W. Röpke den Genfern - soll nicht durch einen privatmonopolistischen Interventionalismus, sondern durch *ein wahres Wettbewerbsystem* abgelöst werden. Solange die Intervention in der Marktwirtschaft wirklich nötig ist, soll der Staat sie

vorziehen... Auch die Aufgaben *der sozialen Fürsorge* würde ich gerne den Körperschaften der Industrieselbstverwaltung anvertrauen, nicht zuletzt zum Zweck der solidarischen Zusammenarbeit der Arbeitgeber und Arbeitnehmer.“¹³

Es liegt nahe, daß der die Wirtschaftsstrategie bestimmende Entscheidungsmechanismus den Standpunkt der Arbeitnehmer durch die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes nicht enthält, weil die korrekte Entscheidung - nach Röpke - allein aufgrund der Gesamtinteressen, und nicht infolge des Standpunktes der Arbeitnehmer getroffen werden kann. Und genau die so gefällte Entscheidung gewährleistet Vorteile der Planifikation gegenüber, die von Konkurrenzbedingungen gestaltet und an der Rentabilität gemessen wird und die anhaltende Unternehmerstabilität getreu widerspiegelt. Bloß eine einzige Projektierung erkennt Röpke an "- den täglichen und perspektivischen Kaufwillen des Konsumenten". In diesem Sinne ist die Marktwirtschaft ein sich täglich wiederholendes Referendum, in dem jeder von Konsumenten ausgegebene Geldbetrag ein Stimmzettel ist. Das Ergebnis richtet sich danach wie der Produzent durch die Qualität und den Preis seiner Waren sowie durch die Qualität seiner Werbung für den Absatz seiner Waren sorgt. Diese Demokratie des Marktes übertrifft durch ihre geräuschlose Genauigkeit auch die vollständigste politische Demokratie und gleichzeitig ist diese Marktwirtschaft die am demokratischste Form der Planwirtschaft, da die regulierte Konkurrenz eine wirtschaftliche Selbstverwaltung organisiert. Solch "ein dritter Weg" zum wirtschaftlichen Erfolg steht vor uns, der auf der auch für den Konsumenten relevanten *Wirtschaftsleistung* beruht. Die unzureichende Leistung wird durch die Konkurrenz zum Hungertod verurteilt. Leistungsprinzip und Leistungsethik kennzeichnen die Gesellschaft. Die Rentabilität dient als alleiniger Maßstab und gewährleistet die Einfügung des Unternehmers in den ganzen ökonomischen Zusammenhang. Der Produzent tut, was er historisch immer getan hat, er erzeugt neue Werte und rechnet inzwischen mit dem Markt, als dem Schauplatz des depolitisierten Absatzes. Das Parlament kümmert ihn nicht. So kann es vorkommen, daß die wirtschaftlichen und politischen Sphären, vollständig getrennt voneinander funktionieren und jeder nur das tut, wovon er etwas versteht.¹⁴

Die Grundwerte der Konkurrenzwirtschaft sind: Freiheit, Eigentum, Arbeitsteilung, Warenabsatz, Wettbewerb und vor allem *eine depolitisierte Wirtschaft*. Röpke beruft sich bei seiner Argumentation, als er die wilden Gesetze des Kapitalismus beschreibt, auf das Manifest der kommunistischen Partei, das genau von dem "den Terror der Artigkeit" anwendenden Staat spricht. Diese Anspielung ist in dem Falle richtig und korrekt, wenn sie dabei hilft sich von den oben erwähnten Prinzipien loszumachen, oder wie Röpke formuliert: sie ist von

"Konform"-Charakter. Umgekehrt erweist sich der Nonkonform-Charakter aller staatlichen Intervention darin, daß durch die Lahmlegung *des Preismechanismus* eine Situation heraufbeschworen wird, die gleich eine neue und umfangreichere Einmischung nach sich zieht: die die bisher vom Markt geleistete Regulierungstätigkeit wird den Behörden übertragen. "Der Abbruch" der freien Preisbildung wird durch Röpke als Kennzeichen des Kollektivismus definiert. Das Sachgebiet der Einmischung umfaßt drei Formen:

1) Die Laissez-faire-Epoche rechnet mit keiner Intervention, mithin dem Mangel an staatlicher Einmischung.

2) Die Konform-Intervention schafft immer die günstigsten Voraussetzungen zum Abmessen der individuellen Ansätze, Absichten und Leistungen, begegnet den inneren und äußeren Krisenerscheinungen; sie bewahrt die Funktionsfähigkeit der früheren Institutionen, die richtigen Proportionen unter den einzelnen Wirtschaftszweigen, das Gleichgewicht zwischen der Konsumtion, der Anhäufung und der Neuverteilung, fördert die Vernichtung der überproduzierten Güter oder die Einstellung der unproduktiven Betriebe, die zeitgemäßen sozialpolitischen Ansätze und die Reformtätigkeit der Politiker, die für die Erneuerung des gesellschaftlich-institutionellen Rahmens plädieren. Bei dieser Form ist nachzuweisen, daß die wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Konzeptionen von Keynes und Popper usw. nachher in dieses System integriert worden sind.¹⁵

3) Die Nonkonform-Intervention, die entweder wenig oder allzu viel initiiert, wie etwa im Falle der unausgereiften bürgerlichen Demokratien oder aber des Nationalsozialismus, des örtlichen Kollektivismus zwischen 1945 und 1990.

Es sollte aber der Sozialpolitik eine Grenze gesetzt werden, denn sonst könnte das staatsbürgerliche Verantwortungsgefühl in den Nihilismus umschlagen. Und dadurch kam man in die Welt der Rowdytums. Schließlich kann Röpke die staatliche Projektierung der Vollbeschäftigung nicht annehmen, da eine absolute und volle Beschäftigung nie verwirklicht werden kann. "Unser wirtschaftliches System reagiert auf jeden Versuch, der die abflauende Konjunktur immer wieder auf die höchste Stufe bringen will, mit gewissen Gegenantworten. Diese Gegenwirkung wird durch den Staat unterdrückt. An die Stelle des früher aufgelösten Gegensatzes tritt ein neuer, stärkerer, den man durch eine noch wirksamere Maßnahmenstruktur ausbalancieren kann. So führt die Politik der Vollbeschäftigung zur Zerrüttung unseres Systems. Die ausländischen Gegenwirkungen sollen durch Devisenzwangswirtschaft (früher durch Abwertung der Währung) und die Ausschaltung des Außenhandels abgeschafft werden und, ob man will oder nicht, landet man bei der Kontrolle der Löhne und Preise, des

Kapitals und der Investition, wobei man die Elemente des Kollektivismus notgedrungen akzeptiert. All das soll dabei nicht heißen, daß wir gegen die wohlüberlegte und vorsichtige Reglementierung seien..., bloß auf das Außmaß und die Grenzen aufpassen mögen."¹⁶

Nach Röpke kann auch die Beschäftigung innerhalb der großen Struktur-Problematik der Zeit durch neoliberale Methoden gelöst werden. Dazu muß man das Zentralisationsprinzip der Wirtschaft endgültig preisgeben, das Eigentum als Quelle aller Freiheitsrechte auf jeden Einzelnen der Gesellschaft ausdehnen und die Monopole und jedwedes Großeigentum einschränken. Dem entsprechend beschäftigt er sich mit der eigentumschaffenden Rolle der Volksaktien und lehnt die historisch beweisbare Expansion der Monopole ab, die das fair play am Markt nicht einhalten. Wenn sie sich schon etablierten, sollen sie sozialisiert werden: "... wenn schon Monopole existieren, sollten sie der Gemeinschaft gehören, weil das Privatmonopol unverkraftbare Bedingungen für die Marktwirtschaft hervorbringt."¹⁷

Die Wettbewerbsgesellschaft wird aber nicht zu einer Gesellschaft der Konkurrenz, da die Konkurrenz *allein in der Wirtschaft* ihre für segensvoll gehaltene Funktion ausüben kann. In der Gesellschaft führt sie zur Explosion, wenn eine resolute Integration die individuellen Bestrebungen politisch nicht summiert und kanalisiert. Die Integration etabliert den als stabil gedachten politisch-ethischen Rahmen, der der Entfaltung des Einzelnen behilflich sein kann und räumt dem starken-über den "gierigen" Interessengruppen stehenden - Staat eine anhaltende soziale Basis ein. Die andere schwierige Aufgabe des Staates ist die Verteidigung des bäuerlichen Eigentums in der Landwirtschaft "Die Essenz des gesunden nationalen Rückengrates steckt nicht in der Landwirtschaft generell, sondern konkret in der bäuerlichen; da die großbetrieblich oder kollektivistisch organisierte Agrikultur zum Hort der schwersten Krankheit werden könne."¹⁸ Darüber hinaus sind sein Ideal nicht die einen größeren Maschinenpark besitzende bäuerlichen Betriebe, sondern der sich unspezialisierte bäuerliche Kleinbetrieb, der genau wegen seines "Polyp-Charakters" den Änderungen der Nachfrage und der Wirtschaftskrise gegenüber äußerst widerstandsfähig sei. Die Vielseitigkeit widerspricht da der Spezialisierung, die von der Vermassung der Konsumtion ins Leben gerufen wird, obgleich die Fließbandarbeit den guten Schneider oder Polsterer nie verdrängen wird.

Völkerrechtlich propagiert Röpke das Prinzip "der offenen Türe". den Begriff der "Interdependenz", der ihn zur "Weltstaatsidee" kommen läßt, wo maximal sehr ermäßigte Schutzzölle unter den Staaten vorhanden wären. Eine größere territoriale Einheit ließe sich jedoch nicht durch den vernichtenden Konkurrenzkampf leiten, wie ein kleineres europäischen Land. Dies scheint auch

aus einem an Adenauer adressierten Brief hervor: "Womöglich wissen Sie Bescheid von dem Mißbrauch, den die Sozialisten außerhalb Deutschlands im Namen der europäischen Einheit zu verüben beabsichtigen, um uns mit einem planwirtschaftlichen Europa zu beschenken."¹⁹ Sein anderer Brief an L. Erhard zeugt auch davon, daß er sich ein geeintes Europa als eine die Planifikation missende, die Konkurrenz auf der nationalökonomischen Ebene verwirklichende, im Wesen durch die Grundsätze des Freihandels vereinte "Großwirtschaft" vorstellt.

Den Ideen Röpkes schenkte Popularität, daß diese im Stadium des Untergangs der Produktivkräfte und der Zerrüttelung der Wirtschaft, dem wirtschaftlichen Niveau des die Planifizierung ablehnenden Nachkriegsdeutschland gewissermaßen entsprachen. Der in ihnen steckende Individualismus, der halb offene Antimonopolismus, die Sozialpolitik, das Selbstbestimmungsrecht usw. schienen ausreichend zeitgemäß zu sein, nicht nur als Echo der Scholastik der wirtschaftlichen Schulen wiederholt zu werden, sondern auch die wirtschaftsphilosophische Begründung des Neubeginns in populärer Form liefern zu können. Die obigen Grundsätze und die an sie anknüpfende Praxis zeitigten in der Bundesrepublik einen handgreiflichen Wirtschaftsfortschritt. Als Anfang und Mitte der 1960-er Jahre nicht mehr die Regeneration, sondern die Beibehaltung des Erreichten in den Vordergrund rückten, wurden die konservativen Elemente der neoliberalen Grundthesen aktiver, wurden sie zum "System" organisiert - zum Neoliberalismus-Neokonservatismus.

III. Fr. Hayek und der "middle way"

Fr. Hayek (Hannah Arendt) begründete, zusammen mit Hannah Arendt, die jahrzentelang (mithin bis heute) virtuelle und blühende Konzeption "des Totalitarismus" (siehe: *The Origins of Totalitarianism*!). Wenn von den Mythen des Kollektivismus, der Rolle der Clans, dem auf Begeisterung beruhenden Gesellschaftsaufbau, der Hypothese der klassenlosen Gesellschaft, dem Ableben des Staates usw. die Rede ist, werden die gemeinsamen Züge des Nationalsozialismus und des einst existierenden osteuropäischen Sozialismus angeschnitten. Es lohnt sich, in diesem Sinne den historischen Satz Hayeks zu zitieren: "...diejenigen, die sich darauf berufen, daß der Nationalsozialismus und der Kommunismus den Streit bis aufs Messer führen, sollten an den französischen König, Franz I. erinnert werden, der in Bezug auf Karl V. sagte, sein kaiserlicher Cousin und er selber folgten demselben Ziel, nämlich Mailand in Besitz zu nehmen."²⁰

Beide Extreme als in geistiger Verwandtschaft stehende, nicht der Wohlfahrt dienende, unzweckmäßige gesellschaftliche Praktiken werden von Hayek abgelehnt. Er selber ist der Mensch des "middle way", der sich auch Sozialist nennen mag, der sich als eingefleischter Realist und Antidoktrinär mit den Lehrsätzen, als dem Dunst der Besserwisserei und der Spekulation auseinandersetzt. Hayek appelliert an die spontanen Elemente der Gesellschaft ebenso wie W. Röpke. Der neoliberalen freien Denker ist für ihn ein Gärtner, der zum Gedeih der Pflanzen die günstigen Voraussetzungen schafft. Der Neoliberaler widersetzt sich allen Extremen, insbesondere dem Kollektivismus, der unter dem Deckmantel der "Gleichheit" allgemeines Elend, unter dem Stichwort "Freiheit" der Allgemeinheit eine Planwirtschaft aufzwingt, genau wie der Faschismus. Zur Rechtfertigung der These zitiert er aus einer im Februar 1941 gehaltenen Rede Hitlers den folgenden Satz: "Der Nationalsozialismus und der Marxismus dienen im Grunde genommen demselben Ziel".²¹

Da er den Faschismus, als ein auf negativen Ansätzen und Reizen des Menschen beruhendes System ignoriert, hebt er hervor, daß auch der Marxismus-Kommunismus seine Strebepfeiler in Morast aufrichtet. Zunächst verbreiteten die englischen "torys" und ihre konservativen Anhänger im 18. Jahrhundert, daß die industrielle Revolution mit ihren überfüllten, abrupt angewachsenen Städten und Mietskasernen unheimlich schweres Elend und Not in den früh industrialisierten Ländern schuf. "Wenn ein Bertrand Russell auch dazu steht, dann haben wir uns darüber nicht zu wundern, daß die auch heutzutage in Hunderttausenden von Taschenbüchern wirtschaftsgeschichtlichen Ansichten verbreitet werden, die eigentlich Halbheiten dieser verjährten und unwahren Mythen wiederholen."²² Er ist der Meinung, daß die hastig angewachsenen Städte im 18. Jahrhundert durch die von ihnen angebotenen Arbeiterbehausungen und die dort vorzufindenden Möglichkeiten des Broterwerbs den in der Provinz zum Hungertod verurteilten Dorfbewohnern eine Chance zum Durchkommen gewährten. Man pflegte - Hayek infolge - die ländliche Hungernot, die Millionenopfer der Seuchen und der zahlreichen Krankheiten zu übersehen und überhören.

Deshalb ist der Satz der relativen oder absoluten Verelendung der Arbeiterklasse im Marxismus im Lichte der Forschungen und Thesen der Neoliberalen unbegründet und die Anhänger derjenigen Richtung werden zu falschen Schlüssen geführt, kurz und knapp irreführt.

Vom Sozialismus, als vom internationalisierten Bolschewismus, der im Namen einer Klasse die Vorherrschaft und Vormachtstellung einer intellektuellen Elite im Osten etablierte und in einer bestimmten historischen Periode zu erstarken suchte, grenzte sich jeder Neoliberaler ab, Die Folgerungen des Faschismus waren

historisch für alle Deutschen abschreckend und die Vision des Sozialismus-Kommunismus mit seinen Gulags, seiner Ideologie, seiner ostmitteleuropäischen und weltweiten Expansion und mit seinem Panslawismus, der im Zeichen des Sozialismus 13.628.000 Deutsche heimatlos gemacht und nach Deutschland "verbannt" hatte, war auch nicht akzeptabel. (Unsere Zeitschrift "Historia" berichtet über 13.628.000 Vertriebene s. in: "Historia" Jrg. 1982. Nr. 4-5. 38-39. p., wobei die angesprochenen Quellen des Statistischen Bundesamtes über 18,3 Millionen berichten.)

Als Ziel des Sozialismus wurde das Erreichen der auf Gemeininteresse fußenden Wohlfahrt formuliert. Dies kann als allgemeine Aussage wahr sein, aber nicht als spezifische: was gut für den einen ist, kann für einen anderen schlecht sein. Was wäre für jeden das Angemessene? *Die Wählbarkeit der Variationen. Da die Produktionsziele nicht zu definieren sind, können bloß diese* - die undefinierten Ziele und Ansprüche - definiert werden. Die Philosophie dieses undefinierten Anspruches ist der Neoliberalismus, die dadurch auch die Ontologie des Einzelnen in der modernen Gesellschaft darstellt. Der Liberalismus hat keinen alles umfassenden Moralkodex, der die menschliche Bewegungsfreiheit beeinträchtigt. Die Freiheit erstreckt sich auf die Aufnahme und Integration der technischen Neuerungen, die zu deren Anreiz und Erweiterung beitragen.

Die Wertskala ist nach Hayek in jedermanns Kopf, aber die Werte können nicht wegen ihrer Gegensätzlichkeit, und Unberechenbarkeit auf einen gemeinsamen Nenner gebracht werden. Daraus folgt, daß der Einzelne nach seinen Neigungen und seinem Wertverständnis in beschränkten Grenzen leben kann, ohne daß dies für andere zum Diktatum wird.

Das unabdingbare Recht des Individuums ist die durch gemeinsame Ziele motivierte Vereinigung, wobei die Organisationen keine einzige Sphäre der Gesellschaft beherrschen dürfen. Der Staat tritt nur ein, wenn es um die Vertretung und Durchsetzung der gemeinsamen Interessen geht; er vermeidet die Intervention auch im Falle der Vollmacht. Auch K. Mannheim ließ sich diese Feststellung bezüglich der staatlichen Intervention bekräftigen: "In einem demokratischen Staat vermehren die Bevollmächtigungsgesetze die Auswirkungskraft des jeweiligen Staates, wodurch das Kontrollrecht des Volkes wesentlich beeinträchtigt wird."²³ Das Zitat läßt vermuten, daß die Demokratie auch noch in speziellen Zeitspannen in jeglicher Form der marktwirtschaftlichen Gesellschaft grundlegend und vorherrschend sein solle. Nach Hayek, *ist nur der Kapitalismus* geeignet, die Demokratie zu realisieren. Er setzt die Demokratie als "höchstes politisches Ziel", das die Zwecke der bürgerlichen Gesellschaft und des Privatlebens zu garantieren imstande ist.

Die Ziele des Privatlebens machen die Grundsätze erreichbar, die von Hayek unter dem Begriff "Rechtsstaat" summiert werden: die Regierung hält an verbrieften, bekannten Normen fest, was heißt, daß der Entscheidungsbereich der Exekutive wegen der Unantastbarkeit des individuellen Strebens sehr beschränkt ist, z. B. erstreckt es sich auf die Definition der Richtlinien und Grundsätze, von der die Rahmenbedingungen der Entwicklung der Produktivkräfte bestimmt sein sollen. Da jeder Arbeitnehmer theoretisch zu Privateigentum kommen kann, werden die menschliche Leistung, die Absicht und der menschliche Wille als Ausgangspunkte für die gesellschaftliche Mobilisation apostrophiert.

Dagegen bricht aber durch die Planifikation die Epoche der "An- die- Scholle-Gebundenheit" des Einzelnen, mithin seine "dritte Leibeigenschaft" an. Da alles in der Zentrale entschieden und beschlossen wird, werden zeitweilig die menschlichen Eigenschaften eingeschlafert, die ansonsten die Menschen aus der "unverschuldeten Unmündigkeit" herausgeführt hatten: wie die Fähigkeit zur Initiative, das Verantwortungsgefühl, die ständige Steigerung der qualitativen Arbeitsleistung, die Fähigkeit zur Innovation, zur Findigkeit. Der Mensch dürfte am Altar der "Gerechtigkeit" alles preisgegeben haben.

In der Konkurrenzgesellschaft schließen Wetteifer und Gerechtigkeit bloß scheinbar einander aus, wie auch der Erfolg und Mißerfolg - abhängig von Wissen und Glück - Brüder sind. In den modernen Gesellschaften wächst die Rolle des Zufalls, der Geschicklichkeit, der Prognostizierbarkeit. Aber: die Entscheidung wird aufgrund der individuellen Fertigkeiten und der Unternehmungslust auf einem herrschaftslosen Markt getroffen. Wo eine Entscheidung solcher Art gefällt werden kann, herrscht Demokratie. "Von den Multimillionären hängt der Mensch weniger ab, als von dem kleinsten Funktionär, der die Staatsgewalt ausübt und das Leben des Menschen lenkt. Wer will leugnen, daß die Welt, wo die Reichen herrschen, viel besser ist, als die, in der man bloß, durch das Recht der Besitznahme der Macht zu Reichtum kommt."²⁴

Ein Sonderkapitel widmet Hayek der Sicherheitsfrage, die allein von Röpke berührt worden war. Hayek erörtert zwei Varianten der Sicherheit:

a) die eingeschränkte Sicherheit, die jedermann besitzen kann, sie kein Vorrecht, sondern rechtmäßiger Anspruch. Dies hütet uns vor den Entbehungen, sichert das Existenzminimum zur Reproduktion des Lebens und zur Bewahrung der Arbeitsfähigkeit:

b) die absolute Sicherheit, die in einer freien Gesellschaft nicht jeder beanspruchen kann. Diese Variante mag quasi als ein Vorrecht gedeutet werden, das jedoch unentbehrlich ist: wie z. B. das des Richters, dessen Sicherheit und

völlige Unabhängigkeit höchster Grundsatz der auf Gewaltenteilung basierenden Systeme ist.

Die im Interesse der Sicherheit gemachten staatlichen Anstrengungen genießen eine durchaus positive Beurteilung bei Hayek, besonders in dem Falle, wenn die zerstörende Kraft der Marktschwankungen an- und ausgeglichen werden soll und kann.²⁵

Im Zusammenhang mit der Fahrlässigkeit und Rentabilität wird die Rolle des eigenen Interesses betont. Wenn es um eigenes Interesse geht, leistet man mehr als was die Kräfte eigentlich hergeben, mobilisiert man alle Reserven. Dies freilich durch "Internalisierung" der externen Planziffern - etwas, das mit Wirtschaftszwang nicht erlangt werden kann, sondern bloß dann, wenn man fähig ist, sich mit den externen Zielen unmittelbar zu identifizieren. Dies kann nur passieren, wenn man die Freiheit der Wahl zwischen den Alternativen der Sicherheit nicht preisgibt. Das "Hinterland" der Rentabilität wird durch diesen logischen Kreis gerechtfertigt.

Nach Hayek, muß man in der Zukunft mit scharfer Konkurrenz unter den Staaten rechnen, weil Europa durch die allgemeine Expansion der Planwirtschaft zum Schlachtfeld der planifizierten Wirtschaften wird, und wenn die letzten Schlüsse der "gebundenen" Bewirtschaftung dabei ein zentralisierteres Wirtschaftsgefüge schaffen, werden dann die kleineren Staaten eine untergeordnete Rolle als ergänzende Wirtschaftseinheiten der stärkeren spielen.²⁶

Summarisch: Röpke und Hayek suchen nachzuweisen, daß die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Krisen der Wohlfahrtsgesellschaft nicht aus den Gegensätzen der Systeme, sondern aus den unvollkommenen Prinzipien und deren Praxis folgen. Die Erneuerung, die Innovation ist nach ihrer Auffassung nicht "systemfremd", sondern wird von den inneren Kräften ausgerichtet werden. Als erster Schritt empfiehlt sich die ständige Korrektur des Liberalismus, der mit der kritischen Aufarbeitung der eingegangenen Deutung des für ideal gehaltenen individuellen Interesses ansetzt.

Der Vorzug des wirtschaftlichen Interesses des Einzelnen strebt nicht bloß danach, Produktionsziele zu erreichen, sondern beabsichtigt auch dadurch politische Ziele zu erlangen. All dies ließe in der Praxis ein solches marktwirtschaftliches System ins Leben treten, in dem sowohl die Verbindungen zwischen den Unternehmern und Kleinwarenproduzenten, als auch die Beziehungen zwischen den vom Rechtsstaat bestimmten Großunternehmern grundlegend von dem Wettkampf des freien Markt determiniert würden, wobei das System auf einer stabilen sozialen Basis beruhte und vom Osten auch politisch abgegrenzt würde. Ihr Ziel wäre es aber nicht nur an, die Menschen zu Arbeit kommen zu lassen, oder den

Notleidenden behilflich zu sein, sondern die Vermögensbildung zu fördern, damit Hunger und Armut aus dem Leben des Menschen auf ewig verbannt werden

Die zitierten Denker setzten sich deshalb nicht allein mit Zinsfüßen und Kapitalinvestation sondern entsprechend den gesellschaftlichen Bewegungen, sogar auch mit historisch-philosophischen Fragen auseinander, die in der Mikroökonomie bezüglich einer Teilfrage angesprochen werden sollten.

Der von ihnen repräsentierte Neoliberalismus verfielt zuletzt die Produktionsfreiheit - durch die Ablehnung der Planifikation und der Planwirtschaft unter dem Etikett der unabdingbaren Freiheitsrechte des Menschen, der unsere Aufmerksamkeit auf eine "kleinindustriellere" Produktion, ein Erzeugnis humaneren Maßstabes und Ausmaßes zu lenken versucht.

IV. Ordo-Liberalismus und seine Schlußfolgerungen

Die wichtigsten Elemente der früher analysierten Gedanken wurden von den Vertretern der Freiburger Schule usw. in ihr wirtschaftspolitisches System eingebaut. Aus ihren Werken und ihren seit 1948 erscheinenden Jahrbüchern ("ORDO, Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft") kann der Inhalt ihrer Ansichten rekonstruiert werden.

Der Ordo-Gedanke stammt von Augustinus (354-430), der in der Epoche des Übergangs zum Feudalismus das Verhältnis des Menschen und der Gesellschaft, die Beziehung der Ordnung von Jenseits und Diesseits behandelt, damit der Einzelne in einer Welt des völligen Zerfallens, bei der Umwertung aller früheren Werte, seinen Platz finden kann.

In der Bundesrepublik stellte der Ordo-Gedanke in der Nachkriegszeit eine leicht zu verfolgende und *sich daher anbietende wirtschaftspolitische Strategie* dar, die, als ein wirtschaftlicher "Neohegelianismus", vom klassischen Liberalismus gewisse "für ewig Menschlich" gehaltene Werte aufhebt, definitiv den Monopolismus ablehnt, der zu politischem Totalitarismus und Etatismus oder zu einem totalen Monopolismus wie in den osteuropäischen Staaten führte und führt. Wie Walter Eucken formulierte, streben sie an, eine Art Ordnung zu verwirklichen, die "der Vernunft und der Natur der Menschen und der Dinge entspricht."²⁷

Ähnlich wie Röpke und Hayek, versuchte er die von dem die ganze Welt erschütternden Krieg und von der allgemeinen Krise des Kapitalismus repräsentierten Sorgen zu beantworten.

Nach den Anhängern dieser Schule war das Ziel des Menschen immer die Gestaltung und Formung der Umwelt (Natur und Gesellschaft). Jetzt befinden wir uns (nach 1945) in einer Epoche, in der sich die Gestaltung der Geschichte und die menschliche Würde nah kamen. Jede menschliche Anstrengung war aber nicht imstande, die Totalität, die Vollkommenheit zu erlangen. "Kein Mensch, oder Staat ist fähig, die Ordo zu verwirklichen. Die Ordo ist das Optimum, ein unerreichbarer Grenzfall. In dem historischen Leben der Gesellschaft kann man sich durch schwere und harte Arbeit derjenigen annähern."²⁸ Wie konnte man in den westlichen Ländern Nachkriegsdeutschlands wohl haushalten und wirtschaften?

W. Eucken behauptet, wir stoßen ,die Wirtschaft analysierend ,auf die *Angaben*, durch die die Wirtschaft gekennzeichnet werden dürfte. Die Aufgabe des Ökonomen ist es, diese Angaben, Fakten und Planzahlen in die Projektierung einzubeziehen. Es gibt privatwirtschaftliche und makroökonomische Planzahlen. Die wichtigsten gesamtwirtschaftlichen Angaben sind die folgenden :

- der menschliche Bedarf,
- die Produktionsbedingungen,
- die Arbeitskraft,
- die wirtschaftlichen Reserven der vorausgehenden "Produktionsordnung",
- das technische Wissen und Können,
- und zuletzt das Recht sowie das soziale System.²⁹

Die Eucken - Schule betrachtet das durch die obigen Daten bezeichnete Wirtschaftsmedium als kompetent, im Bezug auf die Produzenten und die Produktion durch die Einbeziehung anderer Wissenschaften (z. B. Geschichte, Soziologie usw.). Der jeweilige Produzent mag die natürlichen Produktionsbedingungen, die Quanti- und Qualifiziertheit der Arbeitskraft, die Beschaffenheit der Produktionsmittel fundieren. Die materiellen Bedingungen der Produktion werden mithin in die Konzeption Euckens integriert, und er sieht zugleich von der Auswirkung der Produktionsverhältnisse, als von etwas Unwesentlichem ab. Aus seiner Analyse kommt er zu dem Schluß, daß die Geschichte nicht durch Gesetzmäßigkeiten sondern durch historische Tendenzen und Trends geleitet ist, deren zukünftige Formen durchaus nicht voraus- und vorherzusehen sind. Es lohnt sich nicht, die Zukunft der Menschheit zu entwerfen, weil die so gedeutete Tendenz niemals das letzte Wort besitzt. Nach seinem Schluß kann man sagen: die Utopie kann schön sein, aber ihr Gehalt ist für die menschliche Geschichte nicht relevant. Wichtig ist *die menschliche Haltung* in jedem Zeitalter. "Die Meinung und geistige Haltung des Menschen übt eine viel größere Wirkung auf die Richtung der Wirtschaft und Politik aus, als die wirtschaftliche Angabe selbst."³⁰ Um dies nachzuweisen, hebt er die diesbezügliche

Rolle des Nationalismus im 19. und 20. Jahrhundert hervor, der als eine bis jetzt wirkungsvolle geistige Intervention die Wirtschaft, Politik und Gesellschaft ganzer Regionen bestimmte. Die wahren Gestalter der Geschichte sind die Individuen, die durch die Ausklammerung der Massen zu den bestimmenden Persönlichkeiten der historischen Ereignisse werden. Deshalb sind die großen Individuen - nach Platons Muster - die Vertreter der Wissenschaften. Dazu sind sie durch ihre Weisheit und die Vertrautheit mit den Interessenverhältnissen prädestiniert. Sie sind fähig, aufgrund der genauen Kenntnis der wirtschaftlich-gesellschaftlichen Zusammenhänge unabhängig von ihren eigenen Wirtschaftsinteressen Urteile zu fällen und bezüglich der wirtschaftlichen Maßnahmen... Vorschläge zu unterbreiten."³¹

Wer kann in die Geschichte eingreifen? Durch herausragende Persönlichkeiten kann der Staat selbst zur Planung der einzelnen Wirtschaftsformen beitragen. Der Neoliberalismus verzichtet *auf die staatliche Projektierung und Lenkung des wirtschaftlichen Prozesses*, während er die staatliche Planung *der Formen* beizubehalten sucht. Solche Formen sind die folgenden:

- eine deproletarisierte Gesellschaft;
- die ständige Erweiterung des Eigentums;
- Unterstützung des Klein- und Mittelbürgertums usw.

Die Neoliberalisten haben die Meinung untermauert, daß die Ausbeutung durch die Eigentumsübertragung nicht abzuschaffen ist. Durch die Verstaatlichung wird der Arbeitnehmer anstatt mit mehreren Arbeitgebern bloß mit einem in Konflikt geraten können, der der Regierung, Polizei, militärischen Autorität und dem Gerichtshof gleichgesetzt werden kann. Da wird der Arbeiter zum Zwangsarbeiter, ja zum Sklaven. Das Kommando über die Warenproduktion gedeiht zur Herrschaft über das menschliche Leben, und alle früheren Gegensätze werden auf das Ganze des menschlichen Seins übertragen: konkret zwingt man der "sozialistischen" Volkswirtschaft solche Ziele auf, die mit dem wahren Interesse der Gemeinschaft in Gegensatz stehen und sich nicht nach Bedürfnisbefriedigung richten. Die angestrebte Industrialisierung, die Überentwicklung der Kriegsindustrie z. B., dienen nicht den Konsumansprüchen des Staatsbürgers. Andererseits ist die Planifikation unfähig, die Bedürfnisstruktur genau zu ermessen, und das etwaige Gleichgewicht zwischen der Produktion und der Konsumtion zu schaffen. Es gibt für sie keine andere Wahl, als eine Mangelbewirtschaftung einzurichten und statt Konsumgütern "ideologischen Trost" in Form von Utopien zu bieten.

Der Eucken-Kreis kommt zuletzt zur Konkurrenz, als "zum Klebstoff der menschlichen Gesellschaft". Die Konkurrenz ist ein eigenartiges Mittel, das

scheinbar "immer etwas Schlechtes will, während es immer Gutes macht". Die Konkurrenz reguliert und lenkt die Marktwirtschaft, sie sorgt für die niedrigen und verträglichen Preise; als konsequente Erzieherin - die Faulen und Müßigen bestraft sie, die Fleißigen belohnt sie durch Erfolg; sie setzt Verantwortung voraus und wird zur Quelle der Wohlfahrt; sie ordnet automatisch die sozialen Probleme ein.

Die Konkurrenz repräsentiert einen wirtschaftlichen Idealtyp, der jede wirtschaftliche Spannung überbrückt und durch staatlichen Beistand zu einem Eigentum bewahrenden, sogar schaffenden Faktor wird.

Unter den Bedingungen der freien Konkurrenz setzt sich das Wertgesetz als elementarer Regulator der Produktion durch. Die Anhänger des Neoliberalismus heben jedoch dessen Erscheinungsform, den Preis hervor. Man schrieb der Preisbildung große Bedeutung zu, die *bloß* durch die Nachfrage und das Angebot beeinflußt werden kann. Die durch die Nachfrage regulierte Konkurrenz gestaltet die Preise, die die Produktion anreizen oder beschwichtigen können. Ohne diesen Mechanismus betätigt sich keine einzige Wirtschaft: so hat auch die letzte Stunde des Sozialismus geschlagen, da er durch seine Projektierung, fixierte Preise, rationelle Rechnungen planifiziert, festlegt und zusammenzählt, was gestern passierte, und nicht das, was *heute* ist. Seine Rationalität schlägt in Irrationalität um. In einem friedlichen Wettkampf wird der Sozialismus den kürzeren ziehen werden und unterliegen, "... im Falle eines lange andauernden Friedens - schrieb I. Böhm - wird die Überlegenheit der Wirtschaft des Warenverkehrs. ... immer offensichtlicher - auch gegen alle möglichen Wirtschaftskrisen."³²

Dieser Wettkampfmechanismus wird aber "innerhalb des Hauses" durch die Monopole gefährdet, gegen die der Neoliberalismus als gegen einen Gruppenkollektivismus unter kapitalistischen Verhältnissen eintritt. Dies äußerte sich in dem "Kartellstreit" und am Drängen zu antimonopolistischen Maßnahmen.³³ In der Praxis jedoch schafften weder W. Eucken und L. Erhard, noch Müller-Armack und Fr. Borg die Monopole ab, deren Wiedererscheinen in der Wirtschaft sie "an die negativen Eigenschaften des Menschen" erinnerte.

Durch die Liquidierung einiger in das wirtschaftliche System des Faschismus eingebauter Monopole betrachtete man den Kampf gegen den Monopolismus als beendet, indem die Entflechtung als die Einführung der freien Marktwirtschaft gefeiert wurde.

Die Kapitalkonzentration gedieh in der BRD in einem viel stärkeren Maße als je zuvor. 1938 belief sich das Vermögen der Aktiengesellschaften auf 18,7 Milliarden Mark - in ganz Deutschland, 1955 hatte es sich in einem Gebiet das nur noch zwei Drittel so groß war wie das frühere Deutschland auf 22,2 Milliarden

Mark erhöht, während die Zahl der Aktiengesellschaften um 54,2 Prozent gesunken war.³⁴

Dazu trug auch die Konzentration des Bankwesens bei. Die Entwicklung der Geldmittel der drei Großbanken z. B. in der Pauschale des Jahres 1954:

	am 31. 12. 1938	31. 12. 1954
Deutsche Bank	3748,2 M. RM	6742,7 M. DM
Dresdener Bank	2785,0 M. RM	4130,9 M. DM
Commerzbank	1553,6 M. RM	3154,3 M. DM

	8086,8 M. RM	14027,9 M. DM ³⁵

Die obigen Daten sind die Endsummen, Endresultate der wirtschaftlichen Prozesse, aus denen folgt, daß die möglichen *Marktformen* und deren Verhältnisse zueinander in der Wirklichkeit den neoliberalen Rechnungen und Absichten nicht immer entsprachen. Deshalb versuchten die neoliberalen Theoretiker im Interesse der Glaubwürdigkeit ihres gegen die Monopole geführten "skurrilen Krieges" diese Formen zu analysieren: an der ersten Stelle steht freilich die freie Konkurrenz, derselben folgen die abzulehnenden Monopolformen: Teiloligopolium, Oligopolium, Teilmonopol und Monopol usw. Die freie Konkurrenz kann im optimalen Fall durch viele unabhängige Kleinwarenproduzenten gekennzeichnet werden. Ein Oligopolium kommt zustande, wenn die Zahl der Produzenten stark eingeschränkt ist und der Bund einige größere Unternehmungen etablierte. Im Falle des Teilmonopols betätigen sich außer dem den Markt beherrschenden Monopol noch zahlreiche Kleinproduzenten. Das Monopol als Form bestimmt schließlich allein die Marktherrschaft einer Produzentengruppe.

In der Wirklichkeit existieren sowohl der freie Wettkampf mit der ursprünglichen Kapitalanhäufung, als auch das Monopol, deshalb feuern die Denker der neoliberalen Schulen den Staat an, gegen die Monopole einzutreten. "Der Staat kann dadurch, daß er die Monopole ... bestürmt und durch seine Unternehmen Konkurrenz schafft oder der Etablierung anderer konkurrierender Betriebe günstige Bedingungen bietet ... oder die monopolistischen Vereine *verpönt* und an die Verletzung des Verbots gewichtige bürgerrechtliche und strafrechtliche Folgerungen anknüpft, der absoluten Vorherrschaft der Monopole Einhalt gebieten."³⁶

So garantierten die Thesen der Freiburger Neoliberalen über den freien Wettkampf in der Praxis Platz auch für die Monopole. Die fetischmäßige Achtung des Eigentums hütet die schon existierenden Monopole vor der Liquidierung, bloß

der Beschränkungsanspruch ihrer Wirkungskreise, ihre allmähliche Zurückdrängung, wird formuliert.

Die Monopole erwiesen sich ausreichend elastisch, wobei sie das Anti-Trust-Gesetz in den USA, oder das Verflechtungsverbot in der BRD zu ihrer eigenen Erstarkung benutzten. Unter dem Aspekt unseres Themas scheint womöglich der Kartellstreit klassisch zu sein, bei dem sich alle Schattierungen und Spielarten der neoliberalen Schulen beim ersten gesetzlichen Vorgehen gegen die Monopole zeigten. Der damalige Wirtschaftsminister und spätere Kanzler, L. Erhard, legte das erste Projekt des sog. Kartellgesetzes im Mai 1952 vor, das durch das Verbot der Kartellbildung die monopolistische Einflechtung einzudämmen wünschte. Mit glänzendem Taktgefühl hat der Bund der Deutschen Industriellen (BDI) gegen das Gesetz prinzipiell nicht opponiert, sogar als Ergänzung ein sog. Kartell-Mißbrauch-Gesetz vorgeschlagen, wohl wissend, wenn der Staat sein Wirtschaftsprogramm durch die Einschaltung der Monopole ansetzte und das Marshall-Hilfsprogramm an keine antimonopolistischen Maßnahmen anknüpfte, brauchte man sich vor ihm nachher auch nicht zu fürchten. Die Kartelldebatte spiegelte die Gegensätze der verschiedenen Gruppen wider, obgleich es zu ernstem Anstoß nicht kam. Es gelang, doch den Schein zu erregen, daß die Monopole einzuschränken sind. Das Ergebnis der sich jahrelang hinziehenden Debatte war die Stellungnahme des Bundestages gegen die Monopole, der die Ablehnung des ganzen Themenkomplexes von der Seite des Bundesrates folgte. Damit verlor das Projekt Mitte der 1950-er Jahre. an Aktualität, als sich mit dem Erstarren der Monopole das Wortduell um das "Kartellgesetz" zum akademischen Streit verändern ließ.

V. Die Konkurrenz und die soziale Marktwirtschaft

Nach der Kartelldebatte war es offensichtlich, daß der freie Wettbewerb seinen freien Charakter gemeinsam mit der Teilhabe der Monopole bewahren konnte. Dieses Faktum interpretierte die Wirtschaftsphilosophie als das wirkliche Vorhandensein und die immer mehr bestimmende Rolle der Monopole und deren Rentabilität. Der Wirtschaftshistoriker Fr. A. Lutz hob sogar hervor, daß die Großbetriebe billiger erzeugen können, weshalb sie nicht zerschlagen werden dürfen, ohne daß man der BRD-Wirtschaft große Schäden zufügte. Die Rentabilität war das Zauberwort, das jedes Plädoyer im Interesse der Monopole entschied. Das hieß andererseits, daß das Ideal des Wettbewerbsystems in der Praxis in seiner Totalität nicht verwirklicht werden durfte.³⁷ Der früher zitierte Fr. A. Hayek sah

sich unter der Wirkung der Fakten gezwungen, seine früheren Grundsätze abzuändern. "Es geht überhaupt nicht darum, die freie Konkurrenz auf allen Märkten zu bewahren. Was wir begehren, ist keine universale Konkurrenz, sondern die universale Möglichkeit des Wettbewerbes."³⁸ Auf die Änderung der Standpunkte weist auch hin, daß die Wirtschaftshistoriker, die *die freie Konkurrenz früher an die reinen Formen* anknüpften, über die nationalökonomisch nützliche Rolle der Monopole immer mehr und öfter schrieben. Die Rüstow, Miksch und Maier-Gruppe bemängelte sogar schon in der Epoche der neuen Expansion der Monopole die Kontrollierbarkeit der wirtschaftlichen Machtgruppen, während sie den staatlichen Einfluß auf die Konzentrationen für nicht ausreichend wirksam hielten.

Zu diesen Ergebnissen sind auch die Freiburger Forscher vorgezogen, da die wirtschaftlichen Ausschüsse des Bonner Parlaments, in denen die Fachfragen beschlossen worden waren, auch durch die Beauftragten der großen Monopole beeinflußt waren. Sogar die Leiter der Bundesunternehmen standen in enger Verbindung mit den Monopolen und sie schufen günstige Bedingungen zur Expansion größerer Betriebe und zur Hebung und Förderung ihrer in der Herstellung der Konsumgüter gespielten Rolle. So kommt in Berührung das Interesse am Erwerb der Konsumgüter mit dem Angebot der monopolistisch erzeugten Produkte. Als einer der neoliberalen Grundsätze wird immer wieder betont, daß die soziale Marktwirtschaft den Willen des Konsumenten zufriedenstellt. Nach der Definition F. Böhms: "frei wird das Wirtschaftssystem genannt, in dem jeder Konsument, Haushalt und Betrieb all das kaufen kann, was er will ... und jede Fabrik erzeugen mag, was sie selber entschließt."³⁹ Es erhebt sich jedoch die Frage, ob jeder Produzent anfängt die Bedürfnisse der Konsumenten und Haushalte zu befriedigen, ohne Marktforschung zu betreiben. Entweder geschieht dies nicht, oder es kommt zu einer manipulierten Befriedigung des Bedarfs und zu solchen fixierten Preisen, die vom gegebenen Kleinbetrieb, oder Monopolium entworfen worden sind. Interessanterweise macht aber Eucken keinen Unterschied bei der Schlagkraft der auf dem Markt erscheinenden Betriebe, er ist bloß am Verhältnis zum Markt interessiert. Das heißt, daß ein Kleinbetrieb den Markt seines Kreises gleich so monopolisieren kann, wie ein chemisches Mammutunternehmen ein ganzes Land oder eventuell mehrere Länder. Der Analytiker sollte da hinzufügen: diese Deutung der Monopole bringt die Betriebe verschiedener Kapitalstärke und unterschiedlicher Interessen auf einen gemeinsamen Nenner und setzt voraus, daß allerlei Betriebe und Fabriken vom Staat auf gleiche Weise behandelt werden.

Die volle Ausschaltung der Preisregelung wird als ursprüngliche Schuld den Monopolen vorgeworfen, weil dem Konsumenten das natürliche Recht dadurch entwunden wird.

Das Geheimnis der ganzen Marktwirtschaft - nach H. Groß - steckt in der Konsumtion. Der Konsument besitzt die Schlüsselposition in der Wirtschaft, er ist der König der Wirtschaft, der Hauptkoordinator, die Verkörperung der Rationalität. "Er gibt der Wirtschaft ein neues Gesicht mit seinen wechselnden Ansprüchen und repräsentiert in den entwickelten Industriestaaten die Dynamik."⁴⁰

Das Monopolium dagegen stellt "die Zerstörung der Vernunft" dar, obwohl es ja die Produktionskosten vermindert, aber die Marktpreise aus Mangel an Konkurrenz im Interesse des größeren Nutzens steigert. Das läßt den Verwertungsprozeß des Geldes anlaufen und der Konsument kann seine Bedürfnisse immer schwerer zufriedenstellen. Schließlich kriegt die Krise den Verbraucher unter, während auch die Produktion des Monopoliums infolge der Verringerung oder des Mangels an Kaufkraft sinkt. Massen von Arbeitslosen geraten auf den Arbeitsmarkt, die die Zahl der Unproduktiven der Gesellschaft steigern. Die Staatskasse leert sich, und die allgemeine Krise steigert erheblich das Protestpotential der Menschen gegen die in die Zwickmühle geratenen Institutionen der Gesellschaft.

Nach den neoliberalen Schulen bringt die Staatsintervention auch keine Lösung, die - auf einer makroökonomischen Ebene - um die durch die Monopole und die Kapitalwirtschaft bedingte Anarchie zu verhindern, die Kapitalstärke und Warenabsatzabsichten der Teilnehmer auszugleichen und zu koordinieren versucht. Die Keyneser Praxis der Beschäftigung und dadurch der Erhöhung der Nachfrage kann kein *langfristiges* Ergebnis bringen, bloß die Belebung des liberalen Konkurrenzgeistes und die Garantie der dazu nötigen Rahmenbedingungen zeitigen eine landes- und weltweite Erneuerung. Andererseits ist die jeweilige Projektierung unfähig, die Ansprüche aller einsamen Konsumenten in ihren makroökonomischen Computer einzuspeisen, besonders die "Experten" und die "Sonderausschüsse" planifizieren aufgrund der Daten der Monopole, nicht aber im Interesse des anonymen Konsumenten und noch nicht einmal der Kleinwarenproduzenten.

Der Ordo-Gedanke suggeriert, man könne eine Wirtschaftsordnung bewerkstelligen, die *die Gewährung der Kleinunternehmerfreiheit* zum wichtigsten Anliegen der Zentralgewalt und -lenkung macht, mithin die Alleinherrschaft des Monopolismus eindämmt und den Staatsbürger an der Aufrechterhaltung der Eigentumsordnung in einer Gesellschaft der langsamen Veränderungen, der Ablehnung der sozialistischen Utopien für engagiert betrachtet.

Dem entsprechend war die Abschaffung der früheren *straffen* staatlichen Maßnahmen angelaufen, und die enorme Arbeitsproduktivität samt der rationalen Mechanisierung führten zur ausländischen Ausdehnung des westdeutschen Warenabsatzes. Die Aufhebung der massenhaften Einschränkung der Wareneinfuhr schien auch nicht gefährlich zu sein, da sich die zunehmend stabile Kaufkraft als ein mächtiger Markt erwies, andererseits die Eröffnung des deutschen Marktes auch die Liberalisierung innerer Märkte mehrerer Länder erzwang. Das westdeutsche Kapital interessierte sich wegen der günstigen Liefermöglichkeiten für den französischen, englischen und latein-amerikanischen Warenabsatz, wo eine äußerst differenzierte Anspruchsstruktur der deutschen Wareninvasion Platz gewährleistete. Das wurde auch durch eine 1953 offenbarte Äußerung L. Erhards untermauert: "Wir verwandten das Prinzip der Liberalisierung im Außenhandel, das soll heißen : wir versuchten die Sturheit und Krampfhaftigkeit unter den einzelnen Volkswirtschaften aufzulösen, damit wir die Grenzen eröffnen und dadurch den Warenaustausch von den allzuengen und straffen Schranken befreien konnten. Die wirtschaftliche Not bedrängte uns - dies zu tun."⁴¹

Erhards "kopernikanische Erfindung" war kein nagelneues Konzept, z. B. die USA verkündete auch eine "freetrade - Politik", aber in der Praxis gab es kaum Erfolgsmöglichkeiten für Unternehmen anderer Länder auf den US-Märkten wegen der enormen Schutzzölle und wegen des Problems, mit amerikanischen Industriekomplexen von hoher technischer Ausrüstung konkurrieren zu müssen, derweil der bescheidene Profit aus dem *europäischen* Warenabsatz als ein Produkt des amerikanisch verstandenen Freihandels zum überseeischen Wirtschaftswachstum beitrug.

Auch die dritte Welt erfuhr die andauernde Anwesenheit des Kapitals der entwickelten kapitalistischen Staaten, aber die politische Labilität, die Umgestaltung der Kolonien zum sog. "Commonwelth", oder die durch die Unabhängigkeit bedingte innere Unsicherheit machten jedoch das minder profitable Europa und "den ostasiatischen Rand" für die Kapitalausfuhr anziehender, wenn das Kapital nicht generell vom Regen der Befreiungskriege (z. B. China) in die Traufe der Unabhängigkeitsbewegungen (siehe: afrikanische Länder) zu geraten wünschte.

Nachdem das "Wirtschaftswunder vollbracht worden war", konnte sich auch die sich zu den neoliberalen Grundsätzen bekennende deutsche Wirtschaft ohne Risiko den Freihandel in eigenartiger Deutung zu eigen machen: das Maximum war an Kohle-, Eisen-, und Stahlproduktion erreicht, die Quasi-Vollbeschäftigung verwirklichte sich, es wurde ein großer Teil des west- und südeuropäischen Arbeitnehmerüberschusses in den Ländern der BRD beschäftigt, der Warenverkehr und -verkehr florierte, der Binnenmarkt der haltbaren Konsumgüter erweiterte

sich, der Kurs der Aktien stieg fließend an. Und dazu kam noch das stabilste und höchste Lebensniveau in ganz West-Europa. Die deutschen Wirtschaftsergebnisse wurden als das Werk der neoliberalen Schulen überhaupt, der aktiven Politiker der CDU-CSU, der deutschen Rationalität und Organisationsfähigkeit, des "Gewerbefleißes" und Könnens durch die Presse und die wissenschaftlichen Institutionen begrüßt, was die Brauchbarkeit und Überlegenheit der neoliberalen Prinzipien im Verhältnis zum reichsdeutschen Produktionsniveau 1936 um 235,5 Prozent für die Mitte der 50-er Jahre in der wichtigsten Sphäre des Menschenlebens, *in der Wirtschaft* nachgewiesen hat.⁴²

Oswald von Nell-Breuning deutete dabei über die Vorteile des sozialen Marktwirtschafts hinaus auch an dessen Unzulänglichkeiten an: wenn das sich zerstreute und desgleichen geteilte deutsche Wirtschaftspotential von fremden Interessen beschränkt wird, kann es zur Krise kommen. Der Neoliberalismus dürfte mithin als die Wirtschafts- und Gesellschaftsphilosophie der Konjunktur, "des Sonnenscheins" bewertet werden, wo die Krise im herkömmlichem Sinne für nichtig erklärt wird, in der maximal mit "Gleichgewichtsstörungen" gerechnet wird, die sich freilich aus *systemexternen* Komponenten ergeben. Diese Konjunkturschwankungen, teilweise auch Mißverhältnisse und wirtschaftlichen Anomalien können überstiegen werden, wenn man zu den neoliberalen Grundsätzen zurückkehrt.⁴³ Die als Anomalie verstandene Krise, als wirtschaftsfremdes Phänomen, gedeiht *durch die Beschränkung der Sozialpolitik, die Liberalisierung des Außenhandels, den ausbalancierenden Mechanismus des internationalen Warenaustausches, den Monetarismus der übernationalen Bankkonsortien*. K. Adenauers Äußerung suchte seine Anhänger im "Hochsommer" der Konjunktur zu überzeugen: "Die Sorge um die Wirtschaftskrise hätte Berechtigung, wenn sich die freien Völker voreinander verschlossen und jedes Land nach der einmal schon versagten Autarkie strebte. Dies kann sich heute kein freies Land leisten."⁴⁴

Die Sorgen als die Symptome der Entwicklung werden in der Geschichtsphilosophie der Wohlfahrtsgesellschaft apostrophiert: man soll mit "den Bürden der Fülle", den negativen Folgerungen der sich steigernden Arbeitsteilung, den sich aus der Arbeitseffizienz ergebenden Markteroberungssorgen in einer politisch gebrechlichen weltpolitischen Lage rechnen. Die Liquidierung der Gleichgewichtsstörungen sei mithin ein technischer Akt: L. Miksch als technische Operation empfiehlt die Beschränkung der Kreditpolitik, andere schlagen die Verringerung der Unterschiede unter den Einkommen vor usw.⁴⁵

Die wiederhergestellte Wettbewerbswirtschaft bedingt einen Finanzstabilisator, der die Proportionen auch in einem längeren Zyklus garantiert, die Investitionstätigkeit ist mit der voraussichtlichen Nachfrage synchron. Die Rolle

des Stabilisators zwischen dem Verhältnis der Waren, der Produktionsmittel, Arbeitslöhne und der Nachfrage spielt *die Preisstruktur, das Preissystem* am Markt, die imstande seien, die Mißverhältnisse auszugleichen, die In- und Deflation aufzuheben.

Die Planifizierungsphobie des Neoliberalismus bedeutete nie die totale Beseitigung der Projektierung. Die Bundesorganisationen, Räte, Industrieverbände (z. B. Der Bund der Deutschen Industriellen usw.) versuchten und suchen auch heute, die Produktionsstruktur der einzelnen Länder in nötigem Maße einzustimmen, die sich auf die Verteilung der Investitionen, auf die Aufgaben der technischen Entwicklung, auf die Prognose der zu erwartenden Nachfrage, auf den Umfang der Sozialpolitik, auf ökologisches Gleichgewicht usw. erstrecken.

Die Prosperität, die hohen Steuereinnahmen, ermöglichten die enorme Erhöhung der Ausgaben für die Gesellschaftsversicherung in der BRD, die nicht allein humane Lebensbedingungen zeitigte, sondern zusätzlich auch die Stabilisierung der Kaufkraft und des inneren Marktes förderte. Die Erweiterung und Ausdehnung des Marktes lockte zur Investition, die der Staat von den zunehmenden Steuereinnahmen unterstützt hatte. Sogar als Initiator mehrerer Unternehmen bekam er oft die Möglichkeit, an der Produktion teilzuhaben und die Kapitalanhäufung unmittelbar vorzuziehen, woraus sozialpolitische Ansätze finanziert werden konnten. Worin besteht der soziale Charakter der Marktwirtschaft?

"Die Schulen" gehen von der ständigen Erhöhung des Lebensstandards aus, der nach einer totalen Katastrophe zu konsolidieren gelungen war. Der Neoliberalismus hat sich etwas von der Geschichte angeeignet, nämlich, daß das Geld - das Marschall-Hilfsprogramm - an sich die augenblickliche Not lindert, aber *daß die amerikanischen neoliberalen Methoden ohne Geld blitzende, unfruchtbare Floskel sind. Neoliberale Methoden, Kapital ,gute Institutionen und demokratische Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur, sowie ausgebildete Arbeitskräfte* vermögen gemeinsam eine verträgliche Welt zu schaffen. Sonst ist der Mensch auf Gedeih und Verderb der Gnade der fremden Elemente überantwortet. Die Soziabilität der Marktwirtschaft äußert sich gerade darin, daß ständiges Wirtschaftswachstum dem Arbeitnehmer Arbeit und stets zunehmendes Einkommen gewährt. Das sichert die mobilisierende Kraft des Wirtschaftssystems, seine Dynamik, wobei die Spontaneität diese Wirtschaft nicht völlig beherrscht, mithin es "keine sich selbst überlassene, sondern auch eine *gesellschaftlich organisierte humane Marktwirtschaft*" ist.⁴⁶ A. Rüstow komprimierte gerade die Aufgaben des Wohlfahrtsstaates in den Begriff des "sozialen Interventionalismus, der die Garantie der materiellen Bedingungen, des Rechtes zum Leben, die

ständige Verfechtung der Kaufkraft des Geldes, die enorme Steuer und Besteuerung der Gewinne, die frei Entfaltung der menschlichen Leistungen, die Einschränkung des Wirkungskreises jeglicher Monopole, die stufenweise Erhöhung des Verhältnisses der Arbeitslöhne involviert.⁴⁷ Nach den Angaben des Statistischen Bundesamtes wuchs für die Mitte der 1950-er Jahre der Bruttostundenlohn der Arbeiter um 250 Prozent im Vergleich zu 1938 an, derweil sich die Unterhaltskosten allein um 1,7 Prozent erhöhten. Die Lage der Arbeitnehmer besserte sich, ihr Lebensstandard näherte sich dem Niveau der unteren Schichten des Mittelstandes. So konnten Armut und Armseligkeit nach und nach abgeschafft werden, bei dem Proletariat kam es zu einer Veränderung der Lebensweise. Dadurch kann das Zurückweichen der herkömmlichen *radikalen* Arbeiterparteien erläutert werden, und die Steigerung der Anziehungskraft der "volksparteilichen" Programme nachgewiesen werden.⁴⁸

Als Bestandteil der Sozialpolitik wurde die Schaffung der wirtschaftlichen Bedingungen des Rechtes zur Arbeit angesprochen. Zu Anstrengungen zur Quasi-Vollbeschäftigung drängten mehrere Faktoren: Millionen und Abermillionen verfügten nach dem Krieg über keine Behausungen, die Umsiedler und Vertriebenen wollten - endlich auf deutschem Boden-Eigenheim und menschenwürdigen Unterhalt. Die Furcht vor der Radikalisierung trug auch dazu bei, daß die Ära Adenauer die Beschäftigung qualifizierter und hochqualifizierter Arbeitskräfte nicht dem anonymen Automatismus der freien Marktwirtschaft anvertraute. *"Ohne die Lösung dieser Aufgabe wird die politische und menschliche Freiheit gefährdet. Ohne das Programm und die Praxis der Vollbeschäftigung gedeiht die Bekämpfung des Kommunismus, Kollektivismus und der Diktatur voraussichtlich nicht."*⁴⁹

Daten beweisen, daß diese "soziale Funktion" als Nebenprodukt der Marktwirtschaft wohl funktionierte. Solange 10,4 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung 1950 noch von der Arbeitslosenhilfe lebte, sank die Arbeitslosenzahl 1955 auf 4,79 Prozent, in der zweiten Hälfte des Jahres ging sie sogar auf 650.000 zurück.⁵⁰

Im Lichte der obigen Ergebnisse hat das neoliberal umorganisierte System weit und breit im Lande und in der Welt bewiesen, daß die marxistische Gesellschaft die wichtigsten Elemente- die Persönlichkeitstheorie und die Leistungsethik-entbehrte, und deshalb die entworfene Extensivität der Gesellschaft und Wirtschaft erreicht wird, aber die durch den menschlichen Ansatz bedingte Intensität bloß sporadisch erzielt werden kann. So wird die größte auf letzter Weisheit beruhende Utopie des 20. Jahrhunderts zu einer stetigen Selbstkorrektion und langfristig zum Dahinsiechen verurteilt, weil der Sozialismus *bewußte*,

authentische und selbstreflektierende Gruppen benötigt, während bis zum Ableben dieses großangelegten Versuches unseres Zeitalters maximal bloß *Einzelne* das von dieser Utopie benötigte Niveau zu repräsentieren vermochten, an deren Existenz in seinen genialen Briefen generell auch Tschechow glaubte, aber *allein an den Einzelnen* in unserem Jahrhundert.

Andererseits kann man den Antimonopolismus des Neoliberalismus als eine Rationalität kleinbürgerlichen Charakters bezeichnen, der sich mit rhetorischen Gesten abfand, derweil er in der Praxis "den dritten Weg" für alle Mitläufer - ausgenommen die Marxisten-Kommunisten-gangbar machte. Dadurch bot er den Monopolen Gelegenheit, sich hinüberzuretten und somit das lange Provisorium zu überstehen. Nachher wurden ,wie oben dargelegt, alle Bedingungen für die Regeneration und Ausdehnung gewährleistet.

Der neoliberal definierte Weg führt mithin zwischen dem alten Liberalismus und dem planorientierten Sozialismus, auf die staatlichen Rahmenbedingungen des ungestörten Fortschritt, die ständige Korrektion, die An- und Ausgleichung der sozialen Spannungen, die Verteidigung der humanen Werte, die Mannigfaltigkeit der Methoden der nötigen Intervention (z. B. mehr Initiativen der Bürger, Zurückhaltung und Vorzug der Investition, Keynesianismus, Monetarismus usw.), - generell die Geschwindigkeit der Entwicklung -bestimmen sollen. Der Sozialismus qualifiziert sich durch den Neoliberalismus als das totale System der Monopole und somit als ein Nebenast oder wilder Lauf der Gesellschaftsgeschichte, und dessen niederen Stadiums, des Monopolsystems, das sich um die Waren-Preis-Verhältnisse nicht mehr schert und dadurch Wirtschaft und Gesellschaft der Vorherrschaft einer Elite unterordnet, die die Geschichte formieren bez. deformieren wird.

In der Praxis aber bleibt die Monopolphobie des Neoliberalismus auf der Ebene "der verträglichen Renütz" für das Großkapital, das seinen Sonderfrieden mit dem so verstandenen Staat schon längst abgeschlossen hatte, sich nicht nur reorganisierte, sondern außer dem nationalen Markt auch auf dem internationalen Terrain erschien, um seine Unentbehrlichkeit zu beweisen.

Der Neoliberalismus war dabei durch die Stärke der Konkurrenz, durch die Rationalisierung der staatlichen Einschränkung bei der wirtschaftlichen Konsolidierung und Stabilisierung behilflich, bestärkte und erweiterte über die Grenzen hinweg die Marktwirtschaft. Unter eigenem und fremdem (französischem, englischem usw.) Banner eroberte er größere Gebiete durch seine wirtschaftliche Elastizität, als das deutsche Heer im zweiten Weltkrieg, mit dem wesentlichen Unterschied, daß diese wirtschaftliche Expansion seine Operationen im Hinterland, in den Verhandlungsräumlichkeiten der Banken ausrichtete und der Surplus-Profit den heimischen, großangelegten Wirtschaftspläne zur Verwirklichung verhalf. Die

Einschränkungen der internationalen Konkurrenz konnte die neoliberal gesinnte Wirtschaftspolitik nicht ertragen und dadurch bahnte sie nolens volens das Gelände in den einzelnen Regionen für die kapitalstarken deutschen Unternehmen, und in den 1960-er Jahren war die wirtschaftlich-politische Elite bereit, die dem Neoliberalismus innewohnenden utopischen Züge durch die Elemente des Realismus zu ersetzen.

Der nach 1945 auch angelsächsisch angeregte Neoliberalismus hat die Bundesrepublik zur Rückkehr auf den Weltmarkt, zur inneren Konsolidierung und Stabilisierung gebracht, eine Basis geschaffen, die zur Vorbedingung und zum Ausgangspunkt der Durchsetzung der nationalen Interessen mit weltpolitischem Belang geworden war.

Anmerkungen

1. Vg. Grundgesetz mit Deutschlandvertrag, Grundvertrag, Menschenrechts-Konvention, Bundeswahlgesetz, Bundesverfassungsgerichtsgesetz, Parteiengesetz und Gesetz über den Petitionsausschuss, Textausgabe mit ausführlichem Sachverzeichnis und einer Einführung von Universitätsprofessor Dr. Dürig, München 1980.
2. H. Kaack (R. Roth/Hrsg.), Handbuch des deutschen Parteiensystems. Band I. Opladen 1980. 69. p.
3. Fritz Rene Allemann, Bonn ist nicht Weimar, Köln-Berlin 1956. 278. p.
4. Neue Rheinische Zeitung, Köln 3/4. 12. 1955. 34. p.
5. Grundgesetz, i. m. Art. 14. und Art 15.
6. Vg. W. Hoffmann, Stalinismus und Antikommunismus. Zur Soziologie des Ost-West-Konflikts, Frankfurt-Main 1968.
7. H.-J. von Merkatz, Die konservative Funktion, München, 1957.
8. Stuttgarter Nachrichten, 2. Mai 1950
9. W. Röpke, Epochenwende am 8. 2. 1933, in Frankfurt am Main gehaltene Vorlesung. Zitiert von C. von Ferber, Individuum und Gesellschaft, die liberale Konzeption, Hannover 1965. 76. p.
10. W. Röpke: A harmadik út. Auróra, 1943. 12. p.
11. I. m. 39. p.
12. I. m. 63. p.
13. W. Röpke, Briefe 1934-1966, Hrsg. von Eva Röpke, Erlenbach-Zürich, 1976, Brief an den Genfer Standesrat, Genf, 1945. febr. 21. 76. p.
14. W. Röpke: A harmadik út. i. m. 111. p.
15. John R. Hicks, A keynesi gazdaságtan válsága. Közgazdasági és Jogi Kiadó, 1978. 288. p.
16. W. Röpke, i. m. 184-185. p.
17. I. m. 193. p.
18. I. m. 216. p.
19. W. Röpke, Briefe 1934-1966, i. m. 135. p.
20. Friedrich A. Hayek: Der Weg zur Knechtschaft, Erlenbach/Zürich 1947. 12. p.
21. The Bulletin of International News, Hrsg. Royal Institute of International Affairs, XVIII. k. 5. sz. 269. p.
22. Fr. A. Hayek, Capitalism and the Historians. The University of Chicago Press. 1974.Mgt. in: Szöveggyűjtemény a társadalomtörténetek tanulmányozásához

- III. szerk. Illényi Domonkos Tankönyvkiadó 1992. 61. p.; und Illényi Domonkos: Neoliberalismus és neokonservativizmus az NSZK-ban, Kap. II. Monográfia. Tankönyvkiadó 1992
23. K. Mannheim, Man and Society in an Age of Reconstruction, 1940. o. J., 340. p.
24. F. Hayek, i. m. 99. p.
25. I. m. 160. p.
26. I. m. 152. p.
27. W. Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, 1952. A. Franke AG-Verlag, Bern und J. C. B. Mohr Verlag Tübingen, 372. p.
28. Ordo-Jahrbuch, Bd. V. o. J. 32. p.
29. W. Eucken, Grundsätze i. m. 377. p.
30. W. Eucken, i. m. 210. p.
31. W. Eucken, Unser Zeitalter der Misserfolge, Verlag J. C. B. Mohr Tübingen 1951. 67. p.
32. F. Böhm, ORDO. Bd. 3. 1950. XXVII. p.
33. Vö. W. Röpke, Die Gesellschaftskrisis i. m. 367. p. und W. Eucken., Grundsätze ... 272-273. p.
34. Berichte des deutschen Wirtschaftsinstituts, Berlin, 1955. 13. sz. 5. p.
35. Berichte des deutschen Wirtschaftsinstituts, Berlin, 1955. 10. sz. 9. p.
36. W. Röpke, Die Gesellschaftskrisis, i. m. 373. p.
37. Ordo-Jb. Bd. 5. i. m. 258. p.
38. Ordo-Jb. 6. i. m. 12. p.
39. F. Böhm, Die Aufgaben der freien Marktwirtschaft, Isar Vg.
40. H. Gross, Die Wirtschaft sind wir, J. B. Metzlersche Vg. Stuttgart 1955. 3. p.
41. Wirtschaft ohne Wunder, Aufsätze von L. Rinaudi u. a., E. Rentsch Vg. 1953. 130. p.
42. Wirtschaft und Statistik, 1956. Februar, 54. p.
43. Patrich Boarmann, Der Christ und die soziale Marktwirtschaft, Beiträge von B. Kunze, A. Müller-Armaok, O. von Nell-Breuning, A. Rüstow, W. Schreiber, Kohlhammer Vg. 1955. 105-106. p.
44. Rhenischer Merkur, 9. 7. 1954.
45. E. Winkler, Persönliche Freiheit und Sozialordnung, in Magna Charta der sozialen Marktwirtschaft, Isar Vg. O. J. 17. p.
46. A. Müller-Armack, Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft, Verlag für Wirtschaft und Sozialpolitik, Hamburg 1947. 88. p.
47. A. Müller-Armack, Die Wirtschaftsordnung, sozial gesehen, Ordo-Jahrbuch 1949. Bd. 1. 152. p.

48. Statistisches Jahrbuch der Bundesrepublik 1956. 506. p.
49. H.-J. Rüstow, Theorie der Vollbeschäftigung in der freien Marktwirtschaft. J. C. B. Mohr Vg. Tübingen 1951. 328. p.
50. Wirtschaft und Statistik 1956, Heft 4. 177. p.